

22. September 2005, Neue Zürcher Zeitung

## Die Weiterbildungskurse des Kantons geraten unter Druck

### Privatschulen und Politiker fordern freien Wettbewerb

**Die preisgünstigen Weiterbildungskurse des Kantons Zürich geraten in die Kritik. Die grossen Privatschulen und FDP-Kantonsratsmitglieder fordern, dass der Staat nur noch bestimmte Angebote subventioniert und sonst marktgerechte Preise verlangt. Die Bildungsdirektion rechnet damit, dass es zu einer solchen Korrektur kommen wird.**

fur. Der Kanton ist ein günstiger Anbieter von Weiterbildungskursen - für private Schulen zu günstig. Die kantonale Berufsschule für Weiterbildung EB Zürich verlangt für Kurse unter anderem in den Bereichen Fremdsprachen und Informatik zum Teil weniger als die Hälfte von dem, was bei den privaten Schulen als Marktpreis gilt. Als Folge davon hat die EB Zürich in den letzten beiden Jahren Defizite von 9,3 und 10,7 Millionen Franken eingefahren (NZZ 21. 9. 05). Dies wollen die privaten Institutionen nicht mehr akzeptieren. Sie stellen die staatlichen Kurse im Hinblick auf die bevorstehende Beratung des Einführungsgesetzes zum neuen eidgenössischen Berufsbildungsgesetz zur Diskussion. Hierfür haben sie die «Interessengemeinschaft Bildungsorganisationen mit privatrechtlicher Trägerschaft des Kantons Zürich» (IGB ZH) gegründet. Dabei sind die grossen Bildungsinstitute wie etwa die Bildungsgruppe Kalaidos (zu der auch das Institut Minerva und die Akad gehören), die Bénédict- Schule, die Juventus-Schulen sowie die Stiftung WISS für Informatikausbildung. Sie fordern in einer Stellungnahme, dass der Kanton klar definieren soll, welche Bildungsleistungen zum Service public gehören und welche nicht.

### Billige Kurse - ein Giesskannenprinzip?

Bei der Weiterbildung soll der Kanton künftig den Teilnehmern die vollen Kurskosten in Rechnung stellen. Davon ausgenommen werden sollen laut der IGB ZH nur Bildungsangebote, die speziell zu fördern sind wie etwa jene, die zur Integration in den Arbeitsmarkt beitragen. Finanzielle Unterstützung leisten soll der Kanton nur in jenen Bereichen, wo ohne seine Hilfe die Ziele in der Weiterbildung nicht erreicht werden. Daneben könne er bestimmte Zielgruppen, Inhalte oder Regionen unterstützen. Die Privatschulen schlagen vor, Personen mit tiefem Einkommen Bildungsgutscheine für Weiterbildungskurse an privaten und staatlichen Schulen abzugeben. Damit wollen sie dem Argument entgegenreten, dass der Staat günstige Kurse anbieten müsse, um sozial schwächeren Schichten den Zugang zur Weiterbildung zu ermöglichen.

Die Interessengemeinschaft vermutet, dass der Kanton seine Kurse jährlich mit über 60 Millionen Franken subventioniert. Würden nämlich nicht nur die Lehrerlöhne, sondern auch die Verwaltungs- und Marketingkosten sowie die Raummieten in den Schulhäusern einberechnet, betrüge der Aufwand 100 Millionen Franken. Die Einnahmen aller kantonalen Berufsschulen aus der Weiterbildung beliefen sich letztes Jahr auf 37,5 Millionen Franken. Die billigen Kurse seien eine Verteilung von Steuergeldern nach dem Giesskannenprinzip, kritisieren die Privaten. Es profitierten alle Kursteilnehmer von den günstigen Gebühren, auch solche mit hohem Einkommen. Tatsächlich bilden sich in der Schweiz vor allem Personen mit hohem Bildungsniveau und damit eher hohem

Einkommen weiter. Laut der Arbeitskräfteerhebung 2003 besuchen bei den Personen ohne Schulabschluss nur 13 Prozent berufliche Weiterbildungskurse. Bei Akademikern sind es 47 Prozent.

Druck machen auch die FDP-Kantonsratsmitglieder Anita Simioni, Brigitta Johner und Robert Marty. Sie wollen in einer Anfrage wissen, ob der Regierungsrat bereit ist, die Subventionierung von Kursen und eine daraus folgende Wettbewerbsverzerrung zu beenden. Sie berufen sich auf das neue Berufsbildungsgesetz, das festhält, dass öffentliche Kursanbieter in einem Markt mit privaten Schulen Marktpreise verlangen müssen. Es gehe nicht an, dass sich der Staat mit der EB Zürich auf dem Markt derart breit mache und den Wettbewerb verfälsche, kritisiert Simioni. Grundsätzlich solle jeder für seine Weiterbildung selbst aufkommen. Eine Ausnahme sollen Kurse für Arbeitslose und Working Poor sein, die helfen sollen, die berufliche Situation zu verbessern.

### **Weniger Kurse - mit Folgen für Lehrkräfte**

Anderer Meinung ist die Linke. Ebenfalls in einer Anfrage kritisiert SP-Kantonsrätin Ursula Braunschweig eine Sanierungsmassnahme von 2004, die verlangt, dass die Kurse des Kantons künftig zumindest die Lohnkosten der Lehrkräfte decken müssen. Diese Kosten machen bei der EB etwa 60 Prozent der Gesamtausgaben aus. Braunschweig vermutet, dass sich die Kursgebühren mit dieser Massnahme verdoppeln würden. Dies ist bisher nicht eingetreten. Erich Leumann vom kantonalen Mittelschul- und Berufsbildungsamt rechnet aber damit, dass sich in nächster Zeit einiges im Bereich der Weiterbildung bewegen werde. Die Kurse der Berufsschulen würden teurer und nähmen in ihrer Zahl ab. Dies hätte Folgen für die Lehrkräfte der Schulen. 20 Prozent der Berufsschullehrer geben auch Weiterbildungskurse. Sie hätten dann weniger Arbeit, sagt Leumann.

**Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:**

<http://www.nzz.ch/2005/09/22/zh/articleD5W27.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG